

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	61 (1982)
Heft:	3
Artikel:	Keine Fahrt ins Blaue! : Zur Debatte über das neue Parteiprogramm
Autor:	Jans, Armin
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339849

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Fahrt ins Blaue!

Zur Debatte über das neue Parteiprogramm

Im April 1980 hat die Arbeitsgruppe für die Revision des Parteiprogramms ihren Vorentwurf abgeliefert. Auch wenn dieser nicht voll befriedigt und in vielen Punkten zu ergänzen und zu verbessern ist, stellt er einen bemerkenswerten Ansatz dar, der eine seriöse und faire Diskussion verdient. Diese Diskussion ist aber nur zögernd in Gang gekommen und bisher — für meinen Geschmack — enttäuschend verlaufen. Überwogen doch persönliche Polemiken (Masnata-Strahm!) und überängstliche Integrationsbemühungen (Stichwort: 10 Leitlinien von GL und PV). Kommt dazu, dass sich viele Parteimitglieder bis heute nicht an der Programmdiskussion beteiligt haben. Und von den 1001 Sektionen äusserten sich im Rahmen der internen Vernehmlassung letztes Jahr lediglich deren 112.

Die Programmdiskussion ist zu intensivieren. Das Hauptgewicht ist dabei im Moment auf die inhaltliche Diskussion zu legen: Der Vorentwurf ist so weiterzuentwickeln, dass er für die künftige politische Arbeit eine praktikable Grundlage bildet. Dazu muss er ergänzt, präzisiert und zum Teil auch geändert werden. Die nachfolgenden Ausführungen stellen einen Versuch dar, dazu einen konkreten Beitrag zu leisten.

Was heisst Selbstverwaltung?

Im Vorentwurf wird die Selbstverwaltung wie folgt umschrieben: «Selbstverwaltung (SV) heisst für uns das demokratische Prinzip, das alle Bereiche menschlichen Lebens durchdringt: Arbeit, Familie, Freizeit, Bildung, Kultur, Sozialwesen. Selbstverwaltung heisst: Die Menschen nehmen die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme, von denen sie betroffen sind, gemeinsam selber in die Hand.» (Programmentwurf S. 38)

Mit der GL meine ich, dass damit der Begriff der SV zu wenig klar ist. In erster Linie stellen sich folgende drei Fragen:

1. Wer sind die «Betroffenen»? Wie können diese von den «Nicht-Betroffenen» abgegrenzt werden?

2. Gibt es Unterschiede im Grad des «Betroffenseins»? Wenn ja: Wie können solche Unterschiede im Entscheidungsprozess berücksichtigt werden? Durch qualifizierte Mehrheiten? Durch Mehrfachstimmen oder Vetorechte für die besonders Betroffenen? Wodurch sonst?
3. Wie werden die Aktivitäten verschiedener SV-Körper mit-

einander koordiniert und auf gesamtgesellschaftliche Ziele ausgerichtet? Wie stark muss dabei die Autonomie der einzelnen SV-Körper eingeschränkt werden?

Im Vorentwurf finden sich auf diese drei Fragen folgende Antworten, wobei zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft unterschieden wird:

SV in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft (gemäss Vorentwurf)

	Einzelbetrieb (Wirtschaft)	Staat	Gesellschaft (Familie, Schule ...)
1. «Betroffene»	Belgeschaft, Branche, Gemeinde, Sitz- kanton (S. 67)	ganze Bevölkerung	einzelne Teile und Gruppen der Bevölkerung (S. 40)
2. Sind alle «Betroffe- nen» gleich stark betroffen?	Nein: Belegschaft hauptbetroffen; übrige Betrof- fenen nur im Betriebsrat (S. 39, S. 67)	?	(impliziert wird wohl der Status quo bei Aufga- ben- und Kompe- tenzverteilung unterstellt)
3. Koordina- tion von Einzel- Gruppen- und nationalen Interessen	via Markt und wirtschaftliche Rahmenplanung (S. 39)	Subsidiaritäts- prinzip (S. 40), Rahmenplanung (S. 38, S. 40)	politische und wirtschaftliche Rahmenplanung S. 41)

Diese Seitenzahlen beziehen sich auf den Programmentwurf

Während der Programmentwurf für den Einzelbetrieb eine vollständige (wenn auch kritisierte) Antwort auf die obigen drei Fragen zu geben sucht, bleibt er sie für die beiden andern Bereiche schuldig. Wendungen wie «Exekutivgewalt und Verwaltungsapparat müssen an die Interessen von Volk und Parlament gebunden bleiben» (S. 40) oder die «solidarische Beteiligung aller Betroffenen» an der Rahmenplanung (S. 41) helfen uns in der praktischen politischen Arbeit nicht weiter. Denn zum Beispiel:

- Welche «Betroffenen» sollen über umstrittene Nationalstrassenabschnitte (z.B. Solothurn-Biel, Yverdon-Murten, Rawil-Tunnel) entscheiden können?
- Sollen die Rotenthurmer ein Vetorecht gegen den geplanten Waffenplatz beanspruchen dürfen?
- Welche Mitentscheidungsrechte sollen den Anwohnern und den Anwohnergemeinden der vorgesehenen neuen Schnellbahnlinie Olten-Bern eingeräumt werden?

Die Selbstverwaltung im Sinne des Vorentwurfs läuft Gefahr, zum universalen Zauberschlüssel zu werden, den sich alle Meinungen und Interessen (für ihre eigenen Zwecke nutzbar machen können! Wir dürfen uns deshalb nicht mit der Antwort, die Selbstverwaltung sei ein Prozess, zufriedengeben. Bereits am Anfang dieses (Lern-) Prozesses müssen praktikable Lösungsansätze vorliegen, welche im Laufe der Jahre weiterzuentwickeln sind, sonst wird unser neues Programm zu einer Fahrt ins Blaue!

Reformismus oder Revolution?

Die SP war und ist eine Partei, die das Bestehende für und mit den Unterprivilegierten verändern will. Ausmass, Tempo, er-

hoffte Wirkung und Erfolgchancen dieser Veränderung sind innerhalb der Partei seit jeher umstritten. Die unterschiedlichen Auffassungen auf den Gegensatz Reformismus-Revolution zu reduzieren (wie dies im Vorentwurf S. 34 anklingt), halte ich für wenig fruchtbar. Für das neue Programm wäre es ergiebiger anhand der folgenden vier Fragen Position zu beziehen.

1. Kapitalismus oder Sowjetkommunismus?

Lange genug standen wir vor dem Dilemma, dass wir zwar Kapitalismus und Sowjetkommunismus kritisiert haben, jedoch grundsätzlich keine eigene Alternative anzubieten hatten. Der Vorentwurf besitzt den grossen Vorteil, dass er dieses Dilemma überwindet und einen neuen Weg aufzeigt. Wer diesen neuen Weg (auch in eventuell modifizierter Form) und den damit verbundenen Bruch mit dem Kapitalismus ablehnt, muss sich dazu äussern, in welcher Richtung das bestehende System zu entwickeln ist. Und wie der Tatsache Rechnung zu tragen ist, dass politische Macht in erster Linie auf wirtschaftlicher Macht beruht. Soll auf grundsätzliche, langfristige Vorstellungen überhaupt verzichtet werden?

2. Agieren oder Reagieren?

Dauernd müssen wir unsere begrenzten Kräfte einsetzen gegen bürgerliche Versuche, wichtige Errungenschaften abzubauen (Stichworte: neue Aufgabenteilung, Reprivatisierung, Sozialabbau usw.). Wir laufen Gefahr, durch das ständige Reagieren-Müssen so absorbiert zu werden, dass Aktionen für unsere eigenen Ideen zu kurz kommen. Dagegen gibt es keine Patentrezepte. Hingegen sollten wir uns die Frage, wie wir unsere Kräfte einsetzen wollen (dazu

gehört auch der Stellenwert, den wir der Brhördentätigkeit beimesse), gründlicher als im Vorentwurf überlegen. Das neue Programm sollte zumindest ein Konzept für den Einsatz unserer Kräfte enthalten. Einen Ansatz dazu sehe ich in unserem internen Bildungskonzept, aber eine Schwalbe macht bekanntlich noch keinen Sommer ...

3. Wo ansetzen?

Jene Kräfte, die für Aktionen «frei» sind, müssen möglichst sinnvoll eingesetzt werden. Da wir die Selbstverwaltung nicht gleichzeitig in Arbeit, Familie, Wohnbereich, Freizeit, Schule, Kultur, Sozialwesen einführen können, gilt es, Prioritäten (und Posterioritäten) zu setzen. Dazu liefert der Vorentwurf unter dem Titel Gegenmacht S. 47/48 einige Stichworte, aber keine in der Praxis anwendbare Strategie. Sollen wir in allen Bereichen zugleich versuchen, «Modelle» der Selbstverwaltung aufzubauen, oder uns auf einzelne (oder nur einen) Bereich beschränken? Sollen wir da beginnen, wo die Mobilisierung der Basis und die Bewusstseinsbildung am einfachsten ist? Oder da, wo die Durchsetzungschancen am grössten sind? Oder da, wo sich heute die Schaltthebel der Macht befinden?

4. Kleine Schritte oder grosse Würfe?

Ich möchte hier nicht dem «Management by Känguru» (= grosse Sprünge — leerer Beutel) das Wort reden. Die Probleme der «grossen Würfe» sind in der SP allgemein bekannt. Weniger bewusst sind uns die Gefahren der (auch bei uns vorherrschenden) Politik der kleinen Schritte. Das Beispiel der eidgenössischen (bürgerlichen) Landwirtschaftspoli-

istik ist in diesem Zusammenhang geradezu exemplarisch: Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die (meist nicht aufeinander abgestimmten) kleinen Schritte zu einem Wildwuchs ausgeweitet, die Transparenz ging verloren, die Ziele zum Teil auch, die verfügbaren Mittel werden unrationell und wenig zielgemäss eingesetzt. Diese Gefahren bestehen für jede Politik der kleinen Schritte, wenn sie nicht in eine mittel- und langfristige Perspektive eingebettet sind. Dass solche Perspektiven periodisch zu hinterfragen und zu revidieren sind, versteht sich von selbst (die Kommission Biel liefert dazu ein aktuelles Beispiel).

Wie weiter

Die Programm-Diskussion wird zunächst in der neuen Programm-Kommission weitergeführt. Spätestens dann, wenn diese ihre Arbeit abgeschlossen hat, sollten neben den üblichen Gremien (Geschäftsleitung, Parteivorstand, Sektionen usw.) weitere Diskussionsmöglichkeiten geschaffen werden, z. Beispiel:

● Regionalkonferenzen für interessierte Parteimitglieder mit eigenem Antragsrecht (so in der Romandie, der Nordwest-, der Inner- oder der Ostschweiz).

● Expertenbefragungen — André Gorz, Urs Jaeggi, Matzner, Nenning, Nutzinger, Sik, Strasser und andere sollten zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert und evtl. an den Parteitag 1982 oder an eine Regionalkonferenz eingeladen werden.

● Der Entwurf für eine neue Bundesverfassung muss sehr sorgfältig daraufhin untersucht werden, inwieweit er unserem neuen Parteiprogramm entgegensteht. Diese Auseinandersetzung wurde bisher eher vernachlässigt, es sollte aber ein geeigneter Rahmen für sie gesucht werden.

Alle diese (und noch weitere) Aktivitäten müssen darauf ausgerichtet sein, die interne Diskussion anzukurbeln. (Linke wie rechte) Gegner müssen zu Stellungnahmen angespornt, die Basis möglichst intensiv in die Debatte einbezogen werden. Nur so vermeiden wir Entscheide über die Köpfe der Mitglieder, nur so schaffen wir ein gutes und in der Praxis anwendbares Programm! (wird fortgesetzt)

Juden während des Dritten Reichs über die deutsche Grenze in den Tod gejagt wurden, war wenig bekannt, dafür interessierte man sich nicht. Welchen Effekt diese erst unterdrückten, unartikulierten Emotionen hatten, als sie, Mitte der 60er Jahre auf die politische Bühne gehievt wurden, ist bekannt; ein schwarzes Kapitel, ein vielleicht schon halbvergessener «Zwischenfall».

1967 – Stichdatum für die politische Organisation einer Antifremden-Bewegung. 1967 übernahm James Schwarzenbach eine wirre, sich immer wieder spaltende Bewegung (die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat»), kandidierte für sie und zog in den Nationalrat ein. 1970 wurde über die nach ihm benannte «Initiative» eidgenössisch abgestimmt, und man erinnert sich noch an jene von Stimmungen aufgeputschten Wochen und Tage, müsste heute noch erschrecken über die äusserst knappe Absage an das, sich tarnende, Rassengesetz (654'588 Nein — 557'714 Ja). Aber davon handelt Honeggers Roman nur indirekt. Es skizziert eine volkstümlich-schlichte Vorgeschichte, die etwa 1960 beginnt. Inwiefern dabei Biografien authentischer Personen verarbeitet wurden, ist weniger bedeutsam (drängt sich aber auf, wenn man an die Drohungen von 1981 gegen den Autor denkt, der über einen einige Zeit zurückliegenden Vorgang schreibt) als die viel gewichtigeren Fragen nach der Richtigkeit solcher personalisierten Ausgangspositionen. Denn was die Handlung betrifft: sie ist platt, unglaublich, zu gut und einfach gemeint.

Bedeutsamer sind aber auch die Fragen nach der damaligen Hilflosigkeit der grossen Parteien gegenüber der massivsten, spontanen Volksbewegung

Alain Claude Sulzer

Ein schwarzes Kapitel

Arthur Honeggers «Alpträume»

Arthur Honeggers historisierender Roman «Alpträume», der einige (vermutlich alte) Gegner neu in Wut versetzte, die sich in Morddrohungen und Anschlägen niederschlug, setzt ein in den frühen 60er Jahren und endet etwa 1967. Behandelt wird darin ein schwerwiegendes

Kapitel schweizerischer Gegenwart; ein Kapitel, das seine Anfänge in latent vorhandenen rassistischen Gefühlen eines gewichtigen Teils des Volks nahm, das sich bis dahin, fast ungebrochen, gern als besonders demokratisch und fremdenfreundlich betrachtete. Dass